

II-9300 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN, am Oktober 1989

DVR: 000060

Zl. 293-K/89

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Waltraud HORVATH und Genossen an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten betreffend Äußerungen von Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim im Zusammenhang mit Entwicklungen in Jugoslawien;

42721AB
1989 -12- 05
zu 4385J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

Die Abgeordneten Mag. Waltraud HORVATH und Genossen haben am 18. Oktober 1989 unter Zahl 4385/J-NR/1989 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Äußerungen von Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim im Zusammenhang mit Entwicklungen in Jugoslawien gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- 1) Können Sie die Richtigkeit der zitierten Aussagen von Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim gegenüber "Die Presse" bestätigen ?
- 2) Waren diese Aussagen des Bundespräsidenten mit dem Außenminister abgestimmt ?
- 3) Wenn ja, halten Sie derartige Qualifikationen der Entwicklungen in unseren Nachbarländern, insbesondere in Jugoslawien durch den österreichischen Bundespräsidenten für zweckmäßig ?
- 4) Gibt es auch nur den allergeringsten Hinweis, daß Österreich seine "Verteidigungsbereitschaft" gegenüber einem Nachbarstaat in einer Zeit weltweiter Entspannung vergrößern muß ?
- 5) Ist Ihnen die Problematik bewußt, die gegeben ist, wenn der österreichische Bundespräsident die Prozesse der Demokratisierung und der Liberalisierung in Nachbarstaaten mit der Forderung nach erhöhter Verteidigungsbereitschaft und mit der Forderung nach einem "abschreckenden Faktor" beantwortet ?

- 2 -

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

- Zu 1) Nein, da ich bei dem Gespräch nicht anwesend war.
- Zu 2) Nein, hiezu bestand auch keine Notwendigkeit.
- Zu 3) siehe Punkt 2)
- Zu 4) In einer Zeit weltweiter Entspannung, nein.
- Zu 5) Mir ist nicht bekannt, daß der Herr Bundespräsident Prozesse der Demokratisierung und der Liberalisierung in Nachbarstaaten je mit einer Forderung verknüpft hätte.

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten:

